

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Großer Erfolg für Erzieherinnen und Kita-Eltern

Willkürliche Spaltung zwischen Erzieherinnen ist aufgehoben

Der Unmut vieler Eltern und Erzieherinnen wuchs: In einigen Kitas mussten Öffnungszeiten gekürzt werden.

Mangels Ersatzkräften bei Krankheitsfällen werden kurzerhand die Kita geschlossen, die Eltern müssen Urlaub nehmen. Von Sprachförderung, die vom Land subventioniert wird, kann kaum noch die Rede sein, da die zusätzlichen Kräfte für den Normalbetrieb eingesetzt werden. Trockene Kleinkinder werden wieder gewandelt, weil keine Zeit ist, sie auf die Toilette zu begleiten. Doch laut dem beschönigenden Verwaltungssprech „gibt es aktuell keine besonderen Schwierigkeiten“ oder Personalengpässe, alles sei eine „ganz normale Fluktuation“ (Birgit Reinke, Amt für Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerengagement) und die Stadt erhalte genug Bewerbungen.

Ausgelöst hat die aktuelle Diskussion der Katholische Zweckverband Anfang des Jahres, der alle Fraktionen im Gemeinderat über die Erfahrung informierte, dass immer mehr Erzieherinnen in Umlandgemeinden wechseln. Rottenburg ist mit seiner Bezahlung eine Niedriglohinsel: Horb, Ammerbuch,

Herrenberg, Tübingen und Bodelshausen zahlen wesentlich besser. Dies führt zu vielen Abwanderungen, zuletzt nach Bodelshausen.

Ziel für den Zweckverband ist, die Gruppenleitung als Team zu verstehen, das gemeinsam für die schwierige Elternarbeit, für steigende Anforderungen bei Dokumentationen über die Entwicklung der Kinder verantwortlich ist.

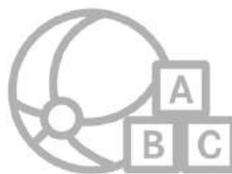
Dem wachsenden Druck von Erzieherinnen, dem engagierten Gesamtelternbeirat der Kitas und der Hartnäckigkeit der **LINKE** hat sich OB Neher in seiner Haushaltsrede endlich gebeugt und die künstliche Spaltung in Gruppenleitung und „Zweitkräfte“ aufgehoben. Betroffenen werden 63 „Zweitkräfte“ sein, die dann nach S 8a bezahlt werden. Künstlich ist die Unterscheidung, weil „Zweitkräfte“ im Tarifvertrag gar nicht

vorkommen! Doch den kennt Reinhold Baur, CDU-Gemeinderat, bis heute nicht, wie seiner Beitrag zur Rathausrunde zu entnehmen war.

Überfällige Wertschätzung

Mit dem Orientierungsplan für Kinderbetreuung von 2012 und seinem modernen Bildungsbegriff aus der UN-Kinderrechtskonvention (1989) wurde die „Institution Kindergarten in das Bildungssystem“ eingebunden: „Die ersten Lebensjahre und das Kindergartenalter sind die lernintensivste Zeit im menschlichen Dasein. Die Bildungsarbeit in Kindergärten ist eine zentrale Aufgabe.“

Bildung beginnt mit dem ersten Lebensjahr und sieht Krippen und Kitas als Teil des gesamten Bildungswegs für die Entwicklung der Persönlichkeit der Kinder und für ihre Teilhabe >>>



Unsere Solidarität mit den Beschäftigten in kommunalen Kindertagesstätten!

**Auch im Kindergarten:
Guter Lohn für gute Arbeit!**

DIE LINKE.

Lesen Sie weiter:

Schaden an der Oberleitung Seite 3

Mehr als 30 Prozent ab sofort verboten Seite 5

Schulleiter stinksauer auf Susanne Eisenmann Seite 7

Kanonenbootpolitik im 21. Jahrhundert Seite 11

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

in der Gesellschaft – unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft oder Behinderung. Dieser große Fortschritt in der Wertschätzung der Kinder hatte bisher kaum Auswirkung auf die Erziehungskräfte. Ihre Unterscheidung in „Zweitkräfte“ und Gruppenleitung entsprach längst nicht mehr dem Alltag in den Kitas, vor allem nicht bei wachsendem Personalmangel.

Kinderzahlen steigen

Bundesweit fehlen laut Institut der deutschen Wirtschaft aktuell 273.000 Kita-Plätze – mit steigender Tendenz. Denn die Kinderzahl ist dank Geburtenanstieg erfreulicherweise innerhalb von fünf Jahren um eine halbe Million gestiegen. Sie kommen jetzt in die Krippen, dann in Kitas und Schulen. Der aktuelle Kreissozialbericht für den Landkreis Tübingen stellt fest:

„Die Zahl der Kinder unter drei Jahren stieg 2010-2017 um 18,5% auf 6.791 Kinder stark an. Die Zahl der Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren stieg um 5,6% auf 6.138 Kinder an.“

Folge ist, dass die Anforderungen an Kommunen in den nächsten Jahren stark steigen werden, Kitas und Schulen müssen geplant und gebaut werden, Erzieherinnen und Lehrkräfte müssen ausgebildet werden. Dafür muss Geld in die Hand genommen werden!

Mehr Förderung nötig

Der Kreissozialbericht hält auch fest, welche Bedeutung eine gute Kinderbetreuung für den gesamten Bildungsweg (und für die Gesellschaft) hat. In der Einschulungsuntersuchung vor dem Eintritt in die Grundschule werden in zwei Schritten Größe und Gewicht, Sehen und Hören, Sprache und Merkfähigkeit, Grob-, Fein- und Visuomotorik untersucht mit dem Ziel, möglichen Förderbedarf eines Kindes festzustellen.

2015/16 wurden im Landkreis 1.810 Kinder untersucht, bei denen ohne Unterschied des Geschlechts 25% der Kinder Förderbedarf hatten. Während aber Kinder ohne Migrationshintergrund „nur“ 20% Sprachprobleme hatten, lag der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund bei 70%. Die (sprachlichen) Defizite der Kinder begleiten sie ihren ganzen Bildungsweg, entscheiden über die Wahl der weiterführenden Schule und eine Berufsausbildung! Es hängt entscheidend vom Engagement der Erzieherinnen, der Zahl der Kräfte in der Kita und der Sprachförderung ab, wie sich Kinder entwickeln.

Erzieherberuf aufwerten

Der aktuelle Personalmangel bei gleichzeitig steigenden Geburtenzahlen

wird nur beseitigt werden können, wenn auch in Rottenburg drei Maßnahmen getroffen werden:

- Die künstliche Spaltung in „Zweitkräfte“ und Gruppenleitung wird aufgehoben und beide werden nach § 8a bezahlt (Erhöhung der Wertschätzung und Attraktivität des Berufs).
- Kinderpflegerinnen muss durch Fortbildung die Möglichkeit zur Qualifikation als Erzieherin angeboten werden.
- Die PIA-Stellen müssen ausgeweitet werden und gleichzeitig müssen Gruppenleitungen dafür mehr Anleitungszeit bekommen.

Damit kann verhindert werden, dass die für Kinder schädliche „Fluktuation“ weiter anhält. Rottenburg würde seinen Ruf als Bildungsstadt verbessern.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Mitglied der LINKEN werden – unsere Demokratie stärken

Der große Erfolg der **LINKEN** bei der Landtagswahl in Thüringen zeigt, dass Veränderungen möglich sind. Er zeigt auch, dass die CDU unfähig ist, sich von alten Denkmustern zu verabschieden, zum Beispiel von der Vorstellung einer Volkspartei. Dazu zählt auch der Schmarren von der Gleichsetzung von Rechtsextremen mit der **LINKEN**, zumal mit einem Spitzenkandidaten Björn Höcke und dessen Anhang.

Dass dies kein Ausrutscher der Thüringer CDU ist, zeigt der gescheiterte Versuch von OB Neher und der CDU-Rottenburg, allen Ortschafts- und Gemeinderäten Veranstaltungen in Räumen von Schulen und Kitas zu verbieten. Unsere Demokratie lebt vom Engagement der Bürgerinnen und ehrenamtlichen Ge-

meinderätInnen und deren Recht auf Informations- und Versammlungsfreiheit. Es ist traurig, dass einzig **DIE LINKE** gegen diese Absicht der Rathausspitze im Februar 2019 beim Regierungspräsidium in Tübingen protestiert und Recht bekommen hat. Demokratische Grundrechte sind wesentlich, um die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen. In Rottenburg zeigt sich das beim Bürgerentscheid gegen das Gewerbegebiet Galgenfeld, beim Wohnungsbau (DHL), beim Nachbarschaftstreff Kreuzerfeld und bei der Bezahlung der Erzieherinnen. Deshalb gehören soziale Bewegungen und Demokratie zusammen:

Werdet Mitglied der LINKEN!



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Schaden in der Oberleitung

Das geplante Desaster der Deutschen Bahn

So lautet der Titel des neuesten Buches von Stern-Autor Arno Luik. Er gilt als profilierter Bahn-Kenner und als einer der prominentesten Kritiker von Stuttgart 21, der das komplette Desaster der Deutschen Bahn detailliert aufzeichnet.

Selbst passionierter Bahnfahrer und Sohn eines Bahnhofsvorstehers ist er mit der Bahn also von Kindesbeinen an vertraut. In den vergangenen Jahren aber platzte ihm öfter mal der Kragen, wenn er mit dem Zug unterwegs war. Seit mehr als zehn Jahren beschäftigt er sich mit der Bahn und mit Stuttgart 21. In seinem Buch greift er die Bahn als Staatskonzern an, der außer Kontrolle geraten ist. Luik beschreibt auch, warum der S21-Tiefbahnhof gefährlich ist und warum er nicht funktionieren wird.

Wer kennt sie nicht, die ständigen Hiobsmeldungen von der Bahn: Defekte an Toiletten, Türen, Klimaanlage, Heizungen oder Bordküchen – Verspätungen, Zugausfälle oder fehlende Zugteile. Und ebenso verfallene Bahnhöfe, stillgelegte Strecken, zurück gebaute Weichen und Überholgleise, um nur einige Beispiele zu nennen. Darüber hinaus wurde das Angebot an Fernzügen in den letzten 20 Jahren drastisch reduziert. Außerdem verkommen ganze Strecken samt Brücken, zur Instandsetzung entsteht ein immenser Investitionsstau, was wiederum unzählige Baustellen, Langsamfahrtstellen und längere Fahrzeiten zur Folge hat. Und dies alles infolge der Privatisierung, des Kaputtsparens und des Versagens des Managements.

Hier einige Pressestimmen und Beurteilungen:

Frankfurter Rundschau: „Luik ergründet das Elend. Im Megaprojekt Stuttgart 21 sieht er ein Symbol für den Niedergang der Bahn. Mit viel Liebe fürs Detail zeichnet er nach, wie dieses Wahnsinnsvorhaben aus den Fugen geraten ist.“

taz: „Das Bahn-Desaster: Spannend wie ein Thriller. Luik zeigt, welche Verheerungen der neoliberale Angriff auf den Staat anrichtet und was für ein immenser Schaden durch Unvermögen, Klüngel und Korruption entsteht. Das Buch bringt einen wirklich in Kampfstimmung.“

Karlheinz Rößler, Verkehrsberater: „Raketen eines Feuerwerks. Niemand vor Ihnen, der sich in einem ganzen Buch kritisch mit der DB bisher auseinandersetzt, konnte so dicht gedrängt auf so viele Fehler und Missstände bei der DB AG und der deutschen Verkehrspolitik verweisen.“



Und was meint der Autor selbst?

„Für mein Buch habe ich noch Dinge über die Bahn gelernt, die ich nicht für möglich gehalten hätte. Sie alle wissen es, die Bahn geht rücksichtslos über fast alles und fast alle hinweg, gerade auch über die Bürger, die diese Bahn finanzieren, und ohne deren Geld die Bahn keine Sekunde überleben könnte. Ich konnte mir aber bis vor ein paar Monaten nicht vorstellen, wie rücksichtslos die Bahn, dieser volkseigene Betrieb – er gehört ja uns allen – bundesweit agiert. Ich traf viele Menschen in den vergangenen Monaten, die die Bahn eigentlich mögen, die aber unter ihr leiden und an ihr verzweifeln. Ich traf einen Pfarrer, an dessen Kirche nicht mal einen Meter von den Gleisen entfernt im Fünf-Minuten-Abstand Züge vorbeirumpeln, Tag und Nacht, ein Höllenlärm. Ich traf einen Vielfahrer, der meinte: ‚Wenn ich jetzt mit dem Zug fahre, gehe ich vorher aufs Klo und trinke nichts. Die meisten Toiletten sind ja heutzutage defekt, und die nicht defekten sind verdreckt.‘“

Für Luik stellen sich viele Fragen, die er zu beantworten versucht: Wie konnte es passieren, dass dieser Staatskonzern dermaßen aus dem Ruder läuft? Der jährlich weit über zehn Milliarden Euro an Steuergeldern bekommt, aber seinen Bürgern immer weniger bietet, schlimmer noch: sogar rücksichtslos ihnen gegenüber ist. Der Tote in Kauf nimmt, um an Bahnschranken zu sparen oder auf Bahnsteigen Durchsagen zu unterlassen. Der ökonomisch so mies wirtschaftet, dass er, um den Verkehr noch irgendwie aufrechtzuerhalten, ständig nach mehr staatlichen Mit-

teln ruft. Der seinen Chefs, Vorständen und Aufsichtsräten hohe Millionengehälter bezahlt, obwohl die seit Jahrzehnten unverantwortlich handeln und gegen das Aktienrecht verstoßen. Stattdessen darf dieser Konzern weiterhin – ungerührt und ungestraft – Milliarden Euro in so gigantischen wie unsinnigen Großprojekten verschleudern, wie etwa in Stuttgart 21, die aber die Beton-, Stahlindustrie- und die Tunnelbohrmaschinenunternehmen erfreuen.

Das Desaster der Deutschen Bahn ist also kein Versehen. Es gibt Täter. Sie sitzen in der Bundesregierung, im Bundestag und seit Jahren im Tower der Deutschen Bahn. Die Bahn ist eine echte Zumutung. Die Züge fahren immer unpünktlicher, oft fahren sie gar nicht und manchmal sind sie ein Risiko für unser Leben. Das Problem liegt im System. Seit der Bahnreform im Jahr 1994, nach der die Bahn an die Börse sollte, handeln die Bahn-Verantwortlichen als wollten sie die Menschen zu Autofahrern erziehen.

Arno Luik öffnet uns mit seinem Buch die Augen. Bei der Lektüre wird so richtig klar, wie Politiker und Wirtschaftsführer mit unserem gemeinsamen Vermögen umgehen. Dieser Spiegel-Bestseller, ein faszinierender Wirtschaftskrimi von höchster Brisanz, beschreibt auch die wahre Geschichte von S21. Ein spannend geschriebenes und sehr empfehlenswertes Buch, erschienen im Westend-Verlag (20 EUR).

Für seine Enthüllungen in Sachen Stuttgart 21 erhielt Luik 2010 den „Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen“ des Netzwerks Recherche.

Danke Arno Luik für diese schonungslose Aufklärung! Das gibt uns Kraft und Mut, damit wir auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Wie wird bei der Energiebilanz getrickst?

Kürzlich wurde im Gemeinderatsausschuss „Bauen und Nachhaltigkeit“ über die Energie- und CO₂-Bilanz für Rottenburg“ berichtet. Darin heißt es unter anderem: „Die größten Stromverbraucher in Rottenburg sind die Privathaushalte sowie die Wirtschaft.“ Dazu schrieb Linken-Stadtrat Dr. Peter einen Leserbrief:

Energieverbrauch in Rottenburg

Sind die Privathaushalte die Sündenböcke für die wachsenden Treibhausgasemissionen? Das ist doppelt falsch. Erstens sind deren Emissionen 2011-2016 um 1,35 Prozent gestiegen, obwohl die Einwohnerzahl um fast 2.000 Personen gewachsen ist. Dagegen sind die Emissionen der örtlichen Unternehmen um über 32 Prozent auf über 58.000 Tonnen CO₂ gestiegen.

Zweitens täuscht eine rein lokale Berechnung über den tatsächlichen bundesweiten Verbrauch und deren Verursacher hinweg. 2018 wurden 2.156 Unternehmen von der EEG-Umlage (Erneuerbare Energien) befreit – 2010 waren es noch 570 Unternehmen: Diese paar Unternehmen verbrauchen fast 20 Prozent des gesamten Energiebedarfs von allen Millionen Privathaushalten.

Die perverse Logik: Je mehr Energie sie verbrauchen und damit Emissionen entstehen, desto mehr werden sie belohnt. Darunter sind der Tiefkühlbetrieb Frosta, Bärenmilch-Produzent Hochwald Foods u.a. Hinzu kommt: **Je mehr Unternehmen befreit werden, desto mehr zahlen wir Privatver-**

braucher. Der Kostenanteil der EEG-Umlage pro Kilowattstunde wurde von 0,41 Cent (2003) auf 6,792 Cent (2018) erhöht. Privathaushalte zahlen für die



Kilowattstunde mehr als das Vierfache von Industrieunternehmen, für die die billigen Preise keinerlei Anreiz für Energieeinsparung sind!

Die EEG-Umlage fördert energieintensive Betriebe und hat seit 2014 zur Vernichtung von 80.000 Arbeitsplätzen in der Solarenergie und zu 27.000 in der Windkraft geführt. Dieses Gesetz und dieser Unsinn müssen gestoppt werden!

Keine Gemeinnützigkeit für Männervereine

Schützt die Männer vor den Frauen und die Frauen vor den Männern

Ist die Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die Kampagnenorganisation „Campact“ und das globalisierungskritische Netzwerk „Attac“ mehr als ein Ärgernis, denn sie erschwert es den beiden Organisationen ihrer politischen Informations- und Bildungsarbeit nachzukommen, dann ist - je nach Standpunkt - die drohende Aberkennung der Gemeinnützigkeit für reine Männervereine ärgerlich oder schmunzelnd aufzunehmen.

Nach Finanzminister Scholz (SPD) sollen Vereine, die nur Männer aufnehmen, das Recht auf Gemeinnützigkeit genommen werden. Betroffen sind dabei u.a. Schützenbruderschaften, Traditionsvereine, Männergesangsvereine, aber auch Sportvereine. Umgekehrt wären davon auch „Nur-Frauen-Vereine“ betroffen: u.a. der Katholische Frauenbund und Frauenselbsthilfegruppen.

Sollte damit das Ziel verbunden sein, Gleichberechtigung zu erzwingen, so kann man gespannt sein, welcher Verein des lieben Geldes wegen seine männlichen bzw. weiblichen Prinzipien aufgibt,

ganz abgesehen davon, ob sich Frauen im Männergesangsverein und Männer in der Selbsthilfegruppe für Frauen wohl fühlen würden. Machosprüche finden nicht allorts Gefallen. Aber Gleichberechtigung ist ein hohes Gut, dass es durchzusetzen gilt. Betroffen sind je nach Schätzung hunderte, wenn nicht gar tausende Vereine.

Welche Reaktionen sind zu erwarten?

Die von der Trennung ganz überzeugten, werden prinzipientreu auf die Vergünstigungen verzichten und sich in ihrer Haltung bestärkt fühlen, dass auf Frauen doch wohl richtigerweise verzichtet wurde, denn ihr Einfluss verspricht nichts Gutes.

Andere werden sich auflösen mit dem Hinweis, dass die Zerstörung ihrer Tradition ein Verlust an Kultur und Moral des Abendlandes ist.

Wieder andere werden mehr oder wenig kopfschüttelnd und zähneknirschend Mitglieder des anderen Geschlechts aufnehmen und sich vielleicht gar selbstlo-

bend wegen ihrer Offenheit auf die Schultern klopfen.

Wie geht die Sache aus?

Es ist zu erwarten, dass die Vereine mit ihrer traditionellen Eingebundenheit in die Gesellschaft leicht Druck ausüben können. Es geht um den Erhalt des Brauchtums. Die CSU wird schon genügend Einfluss ausüben, um Schlimmes zu verhindern. Sollten aber die jeweiligen Satzungen angepasst werden, erlebt das Gendersternchen (*) ein ungeahntes Aufleben. - Schützenbrüder*schwestern werden die Seiten füllen.

Wird durch Aberkennung der Gemeinnützigkeit bei den Vereinen die Gleichberechtigung gefördert, so wird bei Attac und Campact die Informationsfreiheit und die politische Willensbildung behindert. Was von den einen als Frontalangriff auf Traditionen und das Ehrenamt bezeichnet wird, kann von den anderen ruhig als Frontalangriff auf die Demokratie bezeichnet werden.

Norbert Kern, Wendelsheim

Hartz IV: Mehr als 30 Prozent Kürzung ab sofort verboten

Schnelle Umsetzung gefordert

Zum zweiten Mal hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) einen Teil der Hartz-IV-Gesetze für verfassungswidrig erklärt.

Der aktuelle Regelsatz von monatlich 424 Euro darf erst nach genauer individueller Prüfung höchstens um 127 Euro gekürzt werden. Bisher konnte er wegen mehrfach mangelnder „Kooperation“ der Hartz-IV-Bezieher mit dem Jobcenter um 60 Prozent, dann um 100 Prozent samt Kosten für Miete und Heizung ganz gestrichen werden. Das BVerfG sieht darin eine Verletzung der Verhältnismäßigkeit und der Menschenwürde (Artikel 1 des Grundgesetzes).

Mit der Drohung, einer Person alle Existenzgrundlagen zu nehmen, sollte diese zur Aufnahme einer Arbeit jeglicher Art erpresst werden. Denn Hartz IV schafft die bisherige „Zumutbarkeit“ ab: Ein Ingenieur kann zum Mandala-Malen mit Kindern in einer Kita gezwungen werden. Seine im Leben erworbene Berufsqualifikation bleibt ungenutzt und er wird zum Hilfsarbeiter.

Sozialdemagogie mit „Faulheit“

„Wird Faulheit nicht mehr bestraft?“ (Bild-Zeitung, 6.11.19) Mit dieser sozialdemagogischen Frage unterstellt die Springer-Presse, dass 2018 über 900.000 Sanktionen wegen „Faulheit“ verhängt wurden. Aber drei Viertel der Sanktionen waren wegen Terminversäumnissen, aus Krankheit, verspäteter Postzustellung oder Ablehnung unsinniger „Förderung“ verhängt worden. Die Realität sieht halt anders

als im Springer-Hochhaus aus: Der neueste Sozialbericht für den Landkreis Tübingen hält fest, dass im Landkreis 1.522 Personen einen so geringen Niedriglohn erhalten, dass sie Hartz IV beantragen müssen.

Die Unternehmen zahlen diesen „Ergänzerinnen“ auf Kosten des Staates und der Steuerzahler einen Lohn, der zum Leben nicht reicht. Bundesweit musste der Staat 2018 den arbeitenden Hartz-IV-Beziehern fast 10 Milliarden Euro zahlen. Seit 2007 wurden so 117 Mrd. Euro Lohnsubvention für gierige Unternehmen aus Steuergeldern gezahlt. Deshalb muss der Mindestlohn sofort auf 12 Euro angehoben und dessen Einhaltung kontrolliert werden.



Schande beim Kinder-Regelsatz

Zweiter Anlass für das BVerfG, die Verfassungswidrigkeit der Hartz-Gesetze (verabschiedet von CDU, SPD, Grünen und FDP) festzustellen, waren die Regelsätze für Kinder. Diese Parteien hatten „vergessen“, dass Kinder keine Rentner oder Arbeitslose sind. Der Regelsatz wird berechnet nach dem Warenkorb der 20 Prozent Personen, die die niedrigsten Einkommen haben. Deshalb gab es für sie – und für Kinder und Jugendliche – keinen Cent für Bildungsausgaben: Verfassungswidrig!

Als Placebo erfand Ursula von der Leyen das Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT), was durch 150 Euro (pro

Jahr!) und zehn Euro monatlich die „Teilhabe“ der Kinder beim Sport, bei Musik garantieren soll. Im Landkreis sind dies 3.275 Kinder, die es zu 23 Prozent für ein (schulisches) Mittagessen und zu Null bis zwei Prozent für Lernförderung nutzen. Ein Skandal! Die Caritas spricht zu Recht von einer „Verstetigung“ der Kinderarmut, weil immer mehr Kinder länger als vier Jahre in Armut aufwachsen müssen. Das schadet den Kindern und unserer Gesellschaft!

In beiden BVerfG-Urteilen geht es im Kern um Menschenwürde und die Existenzgrundlage für den Einzelnen in unserer Gesellschaft – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion. Die Rede von Hartz-Beziehern als „Sozialschmarotzern“ ist genauso menschenverachtend wie die von Geflüchteten „als Einwanderern in unsere Sozialsysteme“. Beides spricht einem Menschen das Recht auf Existenz ab und behandelt ihn als „Kostenfaktor“. Das steckt hinter dem Leitsatz „Fördern und Fordern“: Erst wenn jemand genügend Profit für eine kleine Minderheit von Superreichen leistet, darf er/sie (über-)leben.

Wir sollten die Zeit der englischen „Arbeitshäuser“ mit Zwangsarbeit im 19. Jahrhundert überwunden haben: **Wirtschaft hat den Menschen zu dienen und nicht umgekehrt.** Deshalb brauchen wir existenzsichernde Mindestlöhne, eine Grundsicherung für alle und armutsfeste Renten statt menschenverachtender Hartz-Gesetze!



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Kurz und bündig

Rentner zahlen mehr Steuern

Dank der Renten“reformen“ der SPD zahlen Ruheständler auf ihre Renten immer mehr Steuern: Waren es 2005 noch 15,55 Milliarden Euro, so stiegen sie 2015 bereits auf 34,65 Mrd. Euro. Dies gab das Bundesfinanzministerium auf die Anfrage der Linken bekannt. Wenn sich CDU-Abgeordnete jetzt über den Rentenzuschlag aufregen und Generationengerechtigkeit einfordern, gibt es ein einfaches Mittel, den weiteren Anstieg des Rentenzuschlags zu verhindern:

Hebt endlich den Mindestlohn an, so dass Beschäftigte im Alter nicht in die Armut geraten!

Fridays for Future ruft zum 4. Globalen Klimastreik auf!

#NeustartKlima – laut, wütend und unbequem – Klimagerechtigkeit jetzt

Die Bundesregierung hat dem 1,5°-Ziel eine Absage erteilt. Das akzeptieren wir nicht!

Während Millionen Menschen auf der Straße gestreikt haben, hat sie am 20. September ein lächerliches Klimapaket vorgelegt, das uns noch tiefer in die Klimakrise führt. Mit business as usual und viel Pillepalle sind diese Maßnahmen nur eine weitere Folge in der Reihe des klimapolitischen Versagens der GroKo. Das auch noch als Erfolg zu deklarieren ist ein Skandal und nicht nur ein Schlag ins Gesicht der jungen Generation, die seit fast einem Jahr klimastreiken, sondern vor allem auch aller Menschen im globalen Süden, die jetzt schon die drastischen Folgen der Klimakrise erleben. Klimakrise, das heißt: das größte Artensterben in der Geschichte der Menschheit, immer häufiger auftretende Extremwetterereignisse, die Zerstörung der Lebensgrundlagen weltweit. Klimakrise, das heißt auch: steigende Meeresspiegel, neue Epidemien, zunehmende Waldbrände. Und das heißt: Nahrungsmittelengpässe, Fluchtbewegungen, Dürren und Überflutungen, in einem Ausmaß, das bislang unvorstellbar scheint.

Anfang Dezember treffen sich Politiker*innen aller UN-Staaten auf der Weltklimakonferenz, um die Einhaltung der internationalen Klimaziele zu überprüfen. Und Deutschland steht mit leeren Händen da. Ein Steuergesetz aus dem Finanzministerium soll die Antwort der GroKo auf die größte Krise unserer Zeit sein – in der Schule hieße das: "Thema verfehlt! Setzen, Sechs."

Das ist nicht die besonders harsche Beurteilung durch naive, übereifrige Klimaaktivist*innen, sondern der der führenden Wissenschaftler*innen dieses Landes. Die Bundesregierung scheitert nicht nur an ihren internationalen Verpflichtungen zur Einhaltung des 1,5°-Ziels, sondern sogar an ihren eigenen – deutlich darunter liegenden – Klimazielen für die Jahre 2020 und 2030. In einer Zeit, in der die Wissenschaft so deutlich wie wohl nie zuvor die Notbremse fordert und die größten Teile der Gesellschaft ebenfalls bereit wären umzusteuern, ist das eine Katastrophe.

Was wir jetzt brauchen, ist ein #NeustartKlima: Es muss endlich Schluss sein mit Pillepalle und business as usual. Wir

fordern Klimagerechtigkeit – und zwar jetzt! Doch dafür braucht es ein komplettes Umsteuern und Maßnahmen, die uns wirklich auf den Weg der Klimaneutralität bis 2035 bringen. Einen Ausstieg aus der Kohle, der nicht noch 19 Jahre auf sich warten lässt, eine Neuauflage der Energiewende so schnell wie nötig und das Ende von Subventionen für Kohle, Öl und Gas. Kurz gesagt: eine Bundesregierung, die ihrer Verantwortlichkeit nachkommt und sich nicht weiter hinter Ausreden und Mutlosigkeit versteckt.

Am **29. November**, dem Freitag vor dem Beginn der Klimakonferenz, ziehen wir die Grenze. Dieses Jahr hat gezeigt, dass es scheinbar nicht ausreicht, Politiker*innen auf die Klimakrise und ihre Verantwortung aufmerksam zu machen. Es reicht weder aus, wenn unzählige junge Menschen jeden Freitag an Klimastreiks teilnehmen, noch, wenn ihnen an einem Vormittag 1,4 Millionen im ganzen Land folgen. Unsere Gesellschaft ist längst weiter als unsere Regierung. Am 29. November gehen wir deshalb einen Schritt weiter. Ja, wir werden wieder die Straßen fluten – aber nein, wir werden nicht nur streiken. Wir gehen in Klassenzimmer und Parteibüros, in Einkaufszentren und auf öffentlichen Plätzen, zu Infrastrukturprojekten und auf Straßenkreuzungen, vor Kraftwerke und in die Fußgängerzonen. Am 29. November werden wir überall laut, wütend und unbequem sein – wir stehen zu unserer Forderung: Klimagerechtigkeit jetzt! Unter anderem in diesen 362 Städten (Liste der Städte s. Homepage) sind am 29. November Aktionen geplant – Schließ dich einer an oder organisiere eine eigene! (Homepage, 18.11.19)

**DIE LINKE, Rottenburg unterstützt
Fridays for Future**

29. November 2019

12:00 Uhr, Marktplatz

Kurz und bündig

Umweltbundesamt (UBA) fordert Kerosinbesteuerung

Um die Kosten der Umweltzerstörung auf die Verbraucher abzuwälzen, hat Alexander Dobrindt (CSU) die Inlandsflüge mit einer „Strafsteuer“ pro beförderter Person belegen wollen. Davon nicht betroffen sind sämtliche Transportflüge mit Waren oder Militärflüge der Armee. Jetzt fordert endlich das UBA eine Besteuerung des Flugbenzins (Kerosin). Sie kann innerhalb der Europäischen Union erhoben werden, die Rechtsgrundlage bildet die EG-Energiesteuerrichtlinie (2003/96/EG) vom 27. Oktober 2003, die den nationalen Regierungen die Möglichkeit zur Einführung einer Steuer auf Turbinenkraftstoff für kommerzielle Inlandsflüge einräumt. **In Norwegen und in den Niederlanden existiert sie schon.**

Schulleiter stinksauer auf Kultusministerin Eisenmann

Wird so der hohe Unterrichtsausfall verhindert?

Anfang Oktober ließ Susanne Eisenmann (Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, CDU) über ihren Amtschef Michael Föll einen Brief an die Schulleiter im Land verschicken: Bei besonders hohem Unterrichtsausfall an ihrer Schulen bei den letzten drei Erhebungen werden sie zu einem „verbindlichen“ Gespräch mit der Schulaufsicht „gebeten“, was sie an ihrer Schule dagegen unternehmen wollen.

Sie sollen mit „Bordmitteln“ wie außerschulischen Experten, Zusammenlegung von Klassen bei Vorträgen und Mehrarbeit für Lehrkräfte gezwungen werden, den Unterrichtsausfall zu beschönigen, damit die Eltern nicht so rebellieren und Eisenmanns Kandidatur bei der kommenden Landtagswahl nicht gefährdet wird.

Der Rektor der Gemeinschaftsschule in Heidenheim, Werner Weber, sieht darin den untauglichen Versuch, den Schulleitern und Kollegien den Schwarzen Peter für die Bildungsmisere im Ländle zuzuschieben. Die GEW-Vorsitzende Doro Moritz kritisiert, dass Eisenmann „keine neuen Lösungen“ für den Lehrermangel habe. Denn dieser existiert seit Jahren!

In der Vergangenheit hatte das Kultusministerium so genannte Stichproben zum Unterrichtsausfall erhoben, bis der Elternprotest so groß wurde, dass der Stundenausfall nun regelmäßig erhoben wird.

Mehr Lehrkräfte statt Unterrichtsausfall

In seiner Erhebung zum Unterrichtsausfall hatte das Kultusministerium im

Februar 2019 festgestellt, dass allein an den Beruflichen Schulen in einer Woche 24.747 Unterrichtsstunden ausgefallen sind. Dies entspricht rechnerisch etwa 990 Lehrerstellen. Statt mehr zu



investieren, werden aber an den Schulen Stellen abgebaut. Zum Sommer 2019 wurden an den Beruflichen Schulen insgesamt 1.121 Deputate frei. Etwa 40 werden nicht wieder besetzt sondern gestrichen.

„Das Kultusministerium ignoriert seine eigene Modellrechnung zum Lehrkräftebedarf vom Februar 2019. Dort geht das Ministerium bis 2030 von einem zusätzlichen Bedarf von 930 Stellen aus, darunter 600 Deputate für den Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizites und 60 Deputate für den Abbau der Überstundenbugwelle“, sagte Moritz.

Anfang diesen Schuljahres waren im Oktober mehr als 700 Lehrerstellen im Land nicht besetzt, besonders dramatisch ist die Lage an den Grundschulen. Die Bildungsgewerkschaft GEW er-

wartet von der grün-schwarzen Landesregierung mehr Maßnahmen gegen den Lehrermangel. Grüne und CDU würden die Planungsfehler der grün-roten Landesregierung fortsetzen und langfristig nicht genügend Lehrkräfte ausbilden: „Seit Oktober 2018 liegen dem Kultusministerium zwölf Vorschläge zur Gewinnung von Lehrkräften vor, die dort offenbar in der Schublade verschwunden sind. **Wir erwarten von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, dass er den Lehrermangel zur Chefsache macht und sich nicht mit über 700 nicht besetzten Lehrerstellen im Land zufrieden gibt“,** sagte Doro Moritz in Stuttgart.

Unternimmt die Landesregierung (wieder) nichts, droht massiver Unterrichtsausfall: Das Statistische Landesamt geht von einem Schüleranstieg auf 1,238 Mio. Lernende (plus 12 Prozent) bis 2030 aus, in den Grundschulen steigt die Zahl sogar um 14 Prozent. Für diesen Schüleranstieg werden (ohne Berufsschulen, Ganztagsbetreuung, Inklusion und Fördermaßnahmen) 8.800 zusätzliche Lehrkräfte benötigt. Deshalb brauchen die Lehrerkollegien wie beim Mangel an Erzieherfachkräften und deren schlechter Bezahlung die Unterstützung der Eltern – im Interesse einer guten Bildung für ihre Kinder durch gut ausgebildete und ausreichend Lehrkräfte!



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“

Kurz und bündig

Steuerverschwendung durch Kultusministerium

Die geplante und gescheiterte Bildungsplattform Ella bezeichnet der Bund der Steuerzahler in seinem neuesten Schwarzbuch als „Millionengrab“. Der Entwickler Itos hatte einen Subunternehmer beauftragt, der nicht lieferte. Da hatte Kultusministerin Eisenmann schon 6,5 Mio. Euro überwiesen! Ähnliches passiert mit der elektronischen Amtlichen Schulverwaltung ASV, deren Kosten von vier auf 47 Mio. Euro explodiert sind.

Entlässt das Kultusministerium deshalb 9.000 ausgebildete Lehrer am Beginn der Sommerferien?

Klagen wofür? - Klagen wogegen?

Können per Gerichtsentscheid Lehrer gebacken werden?

Elternvertreter an baden-württembergischen Gymnasien (Regierungsbezirk Stuttgart) wollen aufgrund des Unterrichtsausfalls klagen. Aber wogegen konkret wollen die Eltern klagen?

Ist Unterrichts-voll-versorgung einklagbar? Ab wie viel Prozent Unterrichtsausfall kann von einem Klagegrund ausgegangen werden? Gegen wen richtet sich die Klage? Wie ist der Totalausfall von Unterrichtsstunden zu bewerten? Sind Vertretungsstunden weniger Unterricht? Wie stark kann zwischen der Vertretung durch einen Fachkollegen und einer Aufsichtsstunde differenziert werden? Ist das Aufstocken einer Krankheitsreserve einklagbar? Woher soll das Personal kommen, wenn es zu wenig Bewerber gibt? Das Gericht wird es nicht leicht haben all die anstehenden Fragen schlüssig zu beantworten - falls die Klage überhaupt zugelassen wird.

Der Hinweis der Kultusministerin Eisenmann, dass der Lehrermangel ein bundesweites Problem darstelle, kann die Schüler und deren Eltern nicht beruhigen, außer sie machen sich klar, dass die Schüler in anderen Bundesländern keinen Chancenvorsprung haben werden, wenn es um die Einstufung beim Numerus Clausus geht.

Pikant bei der ganzen Sache ist, dass die zu beklagende Kultusministerin zugleich die Spitzenkandidatin der CDU für die nächsten Landtagswahlen 2021 ist. Es ist schon kühn - wenn nicht gar dreist - in seinem Fachressort nicht gerade Glänzendes geleistet zu haben und sich dann für höhere Aufgaben zu empfehlen. Da hilft auch der Verweis auf das „Versagen“ der Vorgänger im Amt nicht weiter! Man muss halt seine Amtszeit nützen.

Wir wollen, aber wir können nicht!

Es ist richtig, dass bei zu wenig Bewerbern Stellen nicht besetzt werden können. Aber auch hier müssen Fragen gestellt werden: Warum gibt es so wenig Bewerber? Sind es die zukünftigen Arbeitsbedingungen? Zu denken ist dabei an marode Schulgebäude, miserable Ausstattung mit (elektronischen) Medien inklusive eines schnellen Internetzugangs usw. usw.! Ist es die zu geringe Entlohnung in Bezug auf die Arbeitsbelastung? Ist es die zu geringe Ausbildungskapazität? Ist es ganz allgemein die geringe Wertschätzung der Arbeit des Lehrpersonals? Liegt es an der Personalführung im Bildungsbereich ganz allgemein? ...

Aber so schlimm ist es nicht, denn es gibt da die sogenannten (oft pädagogisch wenig qualifizierten) Querein-

steiger. Aber auch die müssen sich erst einmal bewerben.

Allein vom Timing her, wird der Prozess - falls es zu ihm kommen sollte - auf Interesse stoßen. Es wäre in der Tat ein „politischer“ Prozess, dessen Einfluss auf die Wahlentscheidung von Eltern und wahlberechtigten Schüler sehr wohl vorhanden sein wird.

Es wird der Name Susanne Eisenmann weniger wahlwerbend als wahlabstoßend wahrgenommen werden. Keine gute Grundlage für die Person, die Ministerpräsidentin werden möchte - und für ihre Partei, die die Kandidatin selbst als „altbacken“ bezeichnet hat, was wohl nicht anderes heißen soll, wie wenig innovativ und wenig attraktiv die CDU ist. Vielleicht fragen sich in diesem Zusammenhang die Spitzenkandidatin und ihre Partei, warum sie ihre Schulaufgaben nicht gemacht haben. Das Versagen der Spitzenkandidatin als Fachministerin mit der Ankündigung vom Willen von Verbesserungen zu übertünchen, wird wenig Erfolg haben.

Die Eltern sind zu enttäuscht und deshalb sehen sie in einer Klage ein letztes Mittel.

Ihnen ist Erfolg zu wünschen!

Norbert Kern, Wendelsheim

Kurz und bündig

Subventionen auf Rekordhöhe

"Das Subventionsvolumen der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes steigt im Berichtszeitraum von 21,8 Milliarden Euro im Jahr 2017 auf 31,4 Milliarden Euro im Jahr 2020", heißt es in dem Papier. "Insgesamt wurden 29 Finanzhilfen neu eingeführt", so das "Handelsblatt".

Darunter fallen 93 verschiedene Finanzhilfen (wie das Baukindergeld und die Steinkohle-Förderung) und 105 Steuervergünstigungen.

Neue Förderungen gibt es besonders für die Digitalisierung und die Elektromobilität, die High-Tech-Konzernen wird's freuen!

CDU-Thüringen macht Land unregierbar

Bei der Landtagswahl hat die CDU fast 12 Prozent Stimmern verloren, DIE LINKE mit Ministerpräsident Bodo Ramelow dagegen über 31 Prozent erhalten und ist stärkste Kraft im Landesparlament. Mit ihrer lächerlichen Gleichsetzung einer rechtsextremen AfD mit der LINKEN verhindert die CDU jetzt jegliche Gespräche mit der LINKEN. Dagegen befürworten nach einer repräsentativen Umfrage (RTL/ntv) bundesweit 79 Prozent eine Koalition, in Thüringen sogar 91 Prozent. **Indem sich die CDU jeglicher Gespräche verweigert, treibt sie der AfD mit ihrer Hetze gegen die Demokratie weitere Wähler in die Arme.**

Von „Hindenburg“ zu „Georg Elser“?

Straßenumbenennung erwägen



Paul Ludwig Hans Anton von Beneckendorff und von Hindenburg (1847 – 1934), im Volksmund nur kurz als Reichspräsident Hindenburg titulierte, hat es über seinen Tod hinaus zu zweifelhaftem Ruhm und Ehre gebracht.

Er wurde im Zuge des Ersten Weltkriegs nicht nur als der *Sieger von Tannenberg* gefeiert, als der Erfinder des



Paul von Hindenburg

uneingeschränkten U-Boot-Krieges und als Befürworter des *Diktatfriedens* von Brest-Litowsk. In die deutschen Geschichtsbücher hat er sich vor allem



Foto: N. Kern

durch den Tatbestand eingetragen, dass er zum Steigbügelhalter Adolf Hitlers wurde und diesen am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler berief und gemeinsam mit dem braunen Kanzler und Dik-

tator das folgenschwere Ermächtigungsgesetz auf den Weg brachte.

Dessen ungeachtet fühlten sich nach dem Zweiten Weltkrieg viele Kommunen in der Bundesrepublik dem Monarchisten und Militaristen Hindenburg weiterhin verpflichtet und ehrten den deutschen Haudegen durch Ehrenbürgerschaften und mit Straßen, die seinen Namen trugen.



Foto: N. Kern



Georg Elser

Inzwischen haben aber sehr viele Städte in Deutschland dieses historische *Missverständnis* und die Bagatellisierung des Militaristen inzwischen aufgehoben und alternative Straßennamen gewählt – so u.a. die Städte Münster und Hannover, vor kurzem wurde das *Hindenburg-Gymnasium* in Trier in *Humboldt-Gymnasium* umgetauft, in Bad Säckingen verlor die Schule ebenfalls den Namensbezug zum Krieger und Antidemokraten Hindenburg und erhielt einen neuen Namen.

Da fragt man sich dann schon, warum in **Seebrohn** die große Hauptstraße und Ortsdurchfahrt (in der Verlängerung der L 361) weiterhin nach dem

Krieger und Antidemokraten Hindenburg benannt ist. Ein gutes pädagogisches Beispiel für unsere heranwachsenden Kinder und Enkel kann es jedenfalls nicht sein, und den ausländischen Freunden müsste bei einer Umwidmung der Hauptstraße nicht umständlich erklärt werden, warum die Uhren in Rottenburg hier und da stehen geblieben sind.

In einem einleuchtenden Umkehrschluss wäre zu prüfen, ob es nicht viel besser wäre, hier an den schwäbischen Widerstandskämpfer Johann Georg Elser (1903-1945) zu erinnern.

In einer beispiellosen, mutigen und individuellen Aktion versuchte Elser am 9. November im Bürgerbräukeller in München Adolf Hitler durch einen Bombenanschlag zu beseitigen. Der Versuch misslang und Elser wurde wenige Tage vor Kriegsende im KZ Dachau durch NS-Schergen hingerichtet.

Den Mut, die Tapferkeit und Einsicht dieses Handwerkers zu ehren, das stünde der Bischofsmetropole Rottenburg und Seebrohn gut zu Gesicht und könnte die mehr als peinliche Strassenbenennung nach Hindenburg überzeugend ersetzen.

Das Gespräch hierüber sollte bald beginnen, damit die Straßenschilder in der Hindenburgstraße endlich abgehängt werden können.



Dr. Christian Hörburger

Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg - Obernau

Friedensdekade Rottenburg

Aufstehen gegen die Kriegsgefahr

Im Rahmen der Friedensdekade begrüßte Eberhard Diez den Journalisten Andreas Zumach im Dom-Gemeindehaus fast wie einen Stammgast. Zum 13. Mal in Rottenburg referierte Zumach im gut gefüllten Saal der Dom-Gemeinde zum Thema „Iran – USA: Wie lässt sich ein Krieg noch vermeiden?“

Zumach ordnete die aktuelle Zuspitzung kenntnisreich in die Vorgeschichte des Iran ein, dessen erster frei gewählter Präsident Mossadegh den „Fehler“ beging, die Öl-Industrie zu verstaatlichen. Mithilfe der Geheimdienste der USA und Großbritanniens wurde er gestürzt. Der Diktator Schah Resa Pahlavi sorgte für billiges Öl im Westen, bis ihn die Revolution 1979 beseitigte.

Fortan sah der Iran in eigenen Atomanlagen die einzige Garantie seiner Existenz, hielt aber laut der Internationalen Atomenergiekommission alle Auflagen und Kontrollen ein, die 2013 im Abkommen zwischen USA, Russland, EU und dem Iran getroffen wurden. Die zivile Nutzung für Zwecke der Ener-

giegewinnung und der Medizin sind gestattet. Zumach bezeichnete das Abkommen als das beste, was es je gegeben hat.



2017 leitete US-Präsident Trump eine Kehrwende in der Iran-Politik ein, indem er das unter Obama ausgehandelte Abkommen als das schlechteste aller Zeiten angriff. Die Hardliner in der US-Administration wie John Bolton, Vize Michael Pence u.a., so Zumach, setzen auf die Politik des Regime Change (Wechsel des politischen System) durch drastische Sanktionen, Abbruch aller Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit dem Iran und letztlich auf Krieg.

Dies führt schon jetzt zum medizinischen Notstand durch fehlende Medikamente, zum Wertverlust der Währung um 50 Prozent, zur Erhöhung der Benzinpreise und zu den aktuellen Unruhen mit über 1.000 Festnahmen. Das spielt jedoch nur den Hardlinern auf beiden Seiten der Erdkugel in die Hände.

Unter dem Gelächter des Publikums kritisierte Zumach Außenminister Maas als „Leichtmatrosen“. Denn die Bundesregierung verurteilt weder den völkerrechtswidrigen Überfall der Türkei auf Syrien noch die planlose und willkürliche US-Politik gegen den Iran, die einen gefährlichen Flächenbrand in der gesamten Region auslösen kann. Dagegen hilft nur eine internationale Friedensbewegung, Abrüstung statt Waffenexporte und Einhaltung aller Abkommen.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Kurz und bündig

Flächenfraß

Am 12. November erhielt Stadtrat Dr. Peter (**DIE LINKE**) nach sieben Monaten eine Antwort der Stadt auf seine Anfrage vom 9. April zum Flächenverbrauch in Rottenburg. Quintessenz: Die Stadt macht weiter wie bisher mit der Begründung, dass die Einwohnerzahl zunehme. Die Vorgabe der Bundesregierung, den Flächenverbrauch bis 2030 auf Null zu senken, hält Rottenburg deshalb für „unrealistisch“. Vielmehr sollen jetzt „Leitlinien für eine zukunftsfähige (?) Gewerbeentwicklung“ vorgelegt werden. **Darauf sind wir aber gespannt!**

Schlachthof Rottenburg

„Schlachthof zu – Theke leer“. Unter diesem Slogan sammelten der Biolandhof Rauser und einige JägerInnen am vergangenen Samstag innerhalb von zwei Stunden fast 500 Unterschriften für den Erhalt des Rottenburger Schlachthofs. Die Passanten standen Schlange zum Unterschreiben und waren empört, dass die Stadt nichts unternimmt, um die drohende Schließung am 8. Dezember zu verhindern. Jahrelang hat sie das städtische Gebäude verkommen lassen (Dach, Fenster, Fugen).

Inzwischen hat die Stadtverwaltung mitgeteilt, dass sie keine Notwendigkeit für eine Info-Veranstaltung zu diesem Thema am 22. November mehr sieht.

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Wie schon einmal?

Kanonenbootpolitik im 21. Jahrhundert

Wie schon bei ihrem wenig durchschlagenden Vorschlag in Nordost-Syrien eine Schutzzone einzurichten, hat die CDU-Vorsitzende und Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer mit ihrer Rede vor Soldaten der Universität der Bundeswehr in München den Versuch gestartet, ihr Profil zu schärfen.

Noch immer ist nicht so richtig klar, wohin es mit ihr und der CDU gehen soll und oft hat man den Eindruck, dass eher Friedrich März und Tilman Kuban (Bundesvorsitzender der Jungen Union) die Zeilen in den Gazetten füllen. Da wird es für sie höchste Zeit mit Vorschlägen aufzuwarten, die zeilenträchtig sind, denn wo Kramp-Karrenbauer Platz in Beschlag nimmt, ist schon kein Platz für andere.

Sie nutzte die Gelegenheit einer Grundsatzrede zu ihrer Selbstinszenierung - umrahmt von adretten Uniformträgern und -trägerinnen, die einige Fragen aufwirft. Hat sie bei dieser Rede nicht die Kompetenzen einer Ressortministerin überschritten? Wohl nicht, denn man kann davon ausgehen, das sie den Inhalt mit der Kanzlerin abgesprochen hat und somit die Richtlinienkompetenz nicht berührt war.

Aber man muss schon fragen, ob nicht ihre grundlegenden Äußerungen zur Neuausrichtung deutscher Sicherheitspolitik, wenn nicht schon im Parlament so doch im Kabinett erörtert gehörten. Kritik aus dem Parlament kam nur sehr verhalten. Es scheint sein Recht zur Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht sehr ernst zu nehmen. Vielleicht wird dort so gedacht: 'Lassen wir halt zu, dass Soldaten in den indo-pazifischen Raum geschickt werden. Es wird schon gute Gründe dafür geben.'

Wo steht eigentlich der Feind?

Eines muss man der Verteidigungsministerin zu Gute halten: Sie hat die Feinde, die uns bedrohen, benannt, denn ohne Feinde ist Aufrüstung nur schwer zu vermitteln und Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht zu rechtfertigen. Die Feinde, gegen die es sich zu verteidigen gilt, sind Russland, der islamistische Terror und China mit

seinem Machtsanspruch. Im Grunde also nichts Neues.

„Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt, wenn sich dort Bedrohungen für unser Land, wie im Falle international organisierter Terroristen formieren.“ (Peter Struck, SPD)

Zu ähnlich klingen die Worte der Verteidigungsministerin denen des Verteidigungsministers Peter Struck 2004, nur dass jetzt die Bedrohung aus der Sahelregion kommt.

„So liegt zum Beispiel die Bekämpfung des Terrorismus in der Sahelregion vor allem in den Händen unserer französischen Freunde – obwohl wir in Deutschland gleichermaßen vom Terror und seinen Folgen bedroht sind. ... Ich bin aber überzeugt davon, dass wir in Europa gemeinsam von Sicherheit und Stabilität profitieren und deswegen auch die Lasten gemeinsam tragen müssen.“ (Kramp-Karrenbauer)

Wird mit der Sahelregion eine größere Präsenz in Afrika ins Auge gefasst, wird mit der Nennung des Indo-Pazifischen Raums ein Ausgreifen dorthin nahegelegt.

„Unsere Partner im Indo-Pazifischen Raum – allen voran Australien, Japan und Südkorea, aber auch Indien – fühlen sich von Chinas Machtsanspruch zunehmend bedrängt. Sie wünschen sich ein klares Zeichen der Solidarität. Für geltendes internationales Recht, für unversehrtes Territorium, für freie Schifffahrt. Es ist an der Zeit, dass Deutschland auch ein solches Zeichen setzt, indem wir mit unseren Verbündeten Präsenz in der Region zeigen.“ (Kramp-Karrenbauer)

Man beachte auch die Wortwahl. Da *fühlen sich Staaten bedrängt* und schon zeigt man sich zumindest verbal solidarisch und präsent. Ob der Marine da nicht ein zu weites Feld zugewiesen wird und Selbstüberschätzung den Horizont zukünftiger Einsätze nicht zu

weit fasst, wird die Zukunft weisen. Zu Zeiten des Imperialismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und vor dem Ersten Weltkrieg versuchten die Seemächte ihre Interessen durch die Präsenz von Kanonenbooten durchzusetzen. Galt damals der Schutz eigener Bürger als Vorwand, so taucht heute der Schutz bedrohter Handelswege auf. Kurz:

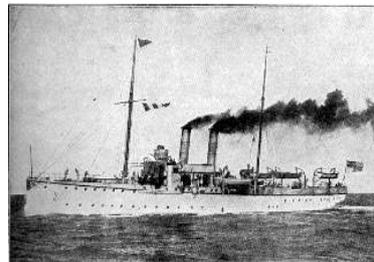
Kanonenbootpolitik im 21. Jahrhundert

„Ein Land unserer Größe und unserer wirtschaftlichen und technologischen Kraft, ein Land unserer geostrategischen Lage und mit unseren globalen Interessen, das kann nicht einfach nur am Rande stehen und zuschauen.“ (Kramp-Karrenbauer)

Übrigens ist gar nicht so klar, ob die Regelungen des Grundgesetzes die damit angestrebte Praxis von Sicherheitspolitik decken.

Die Verteidigungsministerin möchte mit dem ihr zur Verfügung stehenden Instrumentarium - dessen Tauglichkeit häufig angezweifelt wird - „globale Verantwortung“ zeigen. Leider fallen ihr nur wenige ins Wort und verweisen darauf, dass eine friedliche Welt nur mit friedlichen Mitteln zu erreichen ist und nicht durch Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen. Wie wäre es, wenn 2% des Bruttoinlandsprodukts für zivile Konfliktbewältigung zur Verfügung gestellt würde? Und wie wäre es mit einem Verbot von Waffenexporten?

Die Haltung der LINKEN ist klar: Die deutsche Regierung soll sich nicht mit Aufrüstung und Auslandseinsätzen hervortun, sondern mit aktiver Friedenspolitik. Darin würde sie „globale Verantwortung zeigen.



Norbert Kern
Wendelsheim

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Der Bäcker - dein Freund und Helfer ... nicht nur wenn's um deinen Hunger geht

Meine Güte, was bin ich erschrocken. Später als ich wieder zu Hause war. Aber der Reihe nach.

Gelegentlich überfallen einen ja so Gelüste - Gelüste oder besser Appetit auf ein Brezel. Also nichts wie schnurstracks zum Bäcker meines Vertrauens. Sie wissen, jener Bäcker im Nachbardorf, der mit dem freundlichen Personal. Da gibt immer was zu Schmunzeln und zum Lachen. Auch Übellaunige verlassen - zumeist - den Laden mit entspannten Gesichtszügen. Ein Geheimtip für die trüben Herbstage!

„Eine Bräzel, bitte“. - Brezel in die Tüte. - „Bittschön. Noch was?“ - „Nein, danke - des wär's.“ Geld auf die Theke. „Tschüs und eine schönen Tag noch!“

Voller Vorfreude auf die mit Butter zu bestreichende Brezel und den Kaffee dazu fiel mein Blick auf die Bäckertüte. Ich las



Ich war irritiert, verunsichert. --- Wie bitte? Der Bäcker meines Vertrauens zockt mich ab? Ich war zutiefst enttäuscht. Misstrauen keimte auf. Wir Gutmenschen suchen ja immer zuerst das Gute im Menschen und finden es ja meist auch. Wer konnte es wagen, mein Vertrauen in meinen Bäcker so zu untergraben? Verlangt er einen zu hohen Preis? - Wäre mir aufgefallen! - Verwendet er schlechte Zutaten? - Hätte ich geschmeckt! - Werde ich beim Rückgeld beschummelt? - Hätte ich wahrscheinlich nicht gemerkt. Aber dieses freundliche, dem Kunden zugewandte Personal kann nicht schummeln!

Beim zweiten Blick sah ich, dass mich **die Polizei** warnt. Da muss dann an der Abzocke doch etwas dran sein. Ich bekam die Sache nicht auf die Reihe. **Der Bäcker** erlaubt, dass **die Polizei** mich in des Bäckers Laden vor seiner Abzocke warnt? Aber vielleicht erlaubt der Bäcker es gar nicht - er wurde dazu verurteilt. Er **muss** warnen.

Ich bleibe noch bei diesem Gedanken und finde, dass es ein kluges Urteil ist. Dem Bäcker - aus welchen Grund auch immer - Backverbot zu erteilen, seinen Laden dicht zu machen oder ihn gar einzusperren (wobei er für jede Voll-

zugsanstaltsbäckerei ein Gewinn wäre) könnte eine gerechte Strafe sein, aber klüger ist es doch dem Kunden zu überlassen, ob er sich übervorteilen lassen möchte. Gewarnt wird er ja.

Meine Überlegungen schienen mir in sich schlüssig, aber bei einem dritten Blick wurde mir klar, es ist keine Tüte, die vor Bäckern warnt, es ist eine Warntüte der Polizei vor Abzocke anrufen. Beruhigt beiße ich in meine Brezel. Der Bäckerei bleibt mein Vertrauen.



Und wie schaffe ich jetzt die Kurve zur **LINKE**?



Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, **23. November 2019**, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, **4. Dezember 2019**, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Bitte Änderung beachten!

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, **18. Januar 2020**, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, **22. Januar 2020**, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Kontakt zu **linksjugend rottenburg**:

facebook.com/solid-rottenburg-a.N.

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe: **Samstag 11. Januar 2020**

DIE LINKE. Neues aus dem Neckartal



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49